Vorstoß zu Moscheesteuer sorgt für Debatte unter Muslimen

3. Januar 2019



Bonn (KNA) Die Idee einer „Moscheesteuer“ in Deutschland wird von Experten weiter unterschiedlich bewertet. Der Imam Benjamin Idriz aus dem oberbayerischen Penzberg bezeichnete sie am Samstag im Bayerischen Rundfunk als „gut und richtig“. Eine solche Steuer dürfe aber nicht von der Politik gefordert, sondern müsse von den Dachverbänden und Moscheegemeinden selbst organisiert werden. Bevor man über die Steuer sprechen könne, müssten die Moscheegemeinden beziehungsweise die Religionsgemeinschaften staatlich anerkannt werden, so Idriz.

Islamwissenschaftler Bülent Ucar hält die Forderungen für eine gute Idee, die aber „unrealistisch und zurzeit überhaupt nicht umsetzbar“ sei. Dem „Spiegel“ sagte der Professor für Islamische Theologie und Religionspädagogik in Osnabrück, nicht umsetzbar sei die Idee, weil die allermeisten muslimischen Gemeinden in Deutschland nicht als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt seien.

Bei den Muslimen in Deutschland erlebe er ambivalente Reaktionen auf den Ruf nach einer Moscheesteuer, sagte Ucar: „Zwar sind sich alle einig, dass die Gemeinden mehr finanzielle

Unterstützung benötigen. Aber viele Muslime misstrauen dem deutschen Staat, sie haben Angst vor zu viel Bevormundung. Manche befürchten, die Bundesregierung wolle eine Religionsbehörde nach türkischem Vorbild einrichten."

Ucar, der auch Mitglied der Deutschen Islamkonferenz ist, hält die Einrichtung von Stiftungen für denkbar. Vor allem sollte die Integrationsarbeit in den muslimischen Gemeinden verstärkt staatlich gefördert werden: „Und wir müssen in Deutschland endlich die Imam-Ausbildung ermöglichen, damit die Gemeinden nicht mehr auf ausländische Geistliche angewiesen sind."

Auch nach Ansicht des Islam-Verbandes der Ahmadiyya Muslim Gemeinde müssen sich deutsche Muslime aus der Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern befreien. „Wir halten es für sehr wichtig, dass deutsche Moschee-Gemeinden finanziell unabhängig sind, so dass es keinen Einfluss auf das Glaubensleben der hiesigen Muslime geben kann", sagte Verbandssprecher Imam Said Ahmad Arif der „Welt am Sonntag".

Zugleich aber lehnte er eine Anlehnung an das Kirchensteuersystem ab. „Opferbereitschaft" müsse auch in finanzieller Hinsicht auf Freiwilligkeit beruhen, sagte er. Dieses Prinzip funktioniere durchaus bei den Ahmadiyya-Gemeinden, die sich in Deutschland durch Spenden ihrer rund 40.000 Mitglieder finanzieren könnten. Auch die Türkische Gemeinde in Deutschland lehnte eine Moscheesteuer ab. Sie entspreche „nicht der Praxis in der islamischen Welt", sagte der Bundesvorsitzende Gökay Sofuoglu.

Von einer „Schnapsidee" sprach auch der Journalist und Kirchenkritiker Carsten Frerk. Der Islam sei „gegen diese Idee einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, was ja Voraussetzung wäre für so eine Art Steuer, absolut renitent", sagte er im Deutschlandfunk. Die Systeme passten nicht zueinander. Zudem lasse sich das Problem der Fremdfinanzierung nicht durch eine Moscheesteuer lösen.

Quelle: KNA
Foto: https://www.pexels.com/de-de/foto/balance-bankwesen-berechnung-buchhaltung-159804/

Stand: 13. November 2026